

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Universitätsstadt Siegen

über den Betrieb einer Atemschutzwerkstatt, Atemschutzübungsstrecke und Brandübungsanlage

Präambel

Der Kreis Siegen-Wittgenstein und die Universitätsstadt Siegen haben mit Datum vom 19.12./21.12.2018 den Vertrag über die Wahrnehmung von Aufgaben und die Kosten-erstattung für den Rettungsdienst der Universitätsstadt Siegen in der einheitlichen Leit-stelle für den Brandschutz, die Hilfeleistung, den Katastrophenschutz und den Ret-tungsdienst des Kreises Siegen-Wittgenstein erneuert.

Da sich in diesem neuen Vertrag die Abrechnungsmodalitäten verändert haben, sollte die Vereinbarung über die Atemschutzwerkstatt entsprechend angepasst werden.

Aufgrund der Beschlüsse des Kreistages des Kreises Siegen-Wittgenstein vom und des Rates der Universitätsstadt Siegen vom wird zwischen dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Universitätsstadt Siegen nach §§ 1, 23 und 24 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV NW S. 621/SGV NW 202), in der zurzeit gültigen Fassung folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen:

§ 1 Vertragsgegenstand

1.

Der Kreis Siegen-Wittgenstein (Kreis) betreibt gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) vom 17. De-zember 2015 (GV. NRW. S. 886) in den von ihm angemieteten Räumen der Feuer- und Rettungswache Siegen, Weidenauer Str. 270, 57076 Siegen eine Atemschutzwerkstatt, Atemschutzübungsstrecke und Brandübungsanlage.

2.

Die Universitätsstadt Siegen (Stadt) räumt dem Kreis an der Zufahrt zur Feuer- und Ret-tungswache ein unentgeltliches Nutzungsrecht ein, so lange der Kreis dort eine Atem-schutzwerkstatt, Atemschutzübungsstrecke und Brandübungsanlage betreibt.

Die Regelungen über die angemieteten Räume in der Feuer- und Rettungswache Sie-gen, Weidenauer Str. 270, 57076 Siegen ergeben sich aus dem am 09.07.2010 zwi-schen der Universitätsstadt Siegen und dem Kreis Siegen-Wittgenstein abgeschlosse-nen Mietvertrag.

§ 2 Vertragsumfang

1.

Die Universitätsstadt Siegen führt die Aufgaben der Atemschutzwerkstatt, Atemschutzübungsstrecke und Brandübungsanlage nach § 1 dieser Vereinbarung für den Kreis Siegen-Wittgenstein durch.

2.

Der Kreis stellt die für den Betrieb erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung und unterhält diese. Er modernisiert auf seine Kosten die Einrichtungen, wobei mögliche technische Verbesserungen für die Funktionen zeitnah berücksichtigt werden.

3.

In der Atemschutzwerkstatt werden Wartungs-, Pflege-, Überprüfungs- und Reparaturarbeiten an den Atemschutzgeräten der Feuerwehren der Städte und Gemeinden des Kreises Siegen-Wittgenstein durchgeführt.

In der Atemschutzübungsstrecke und Brandübungsanlage wird die für den Atemschutzgeräteträger notwendige praktische Ausbildung durchgeführt.

4.

Soweit es die Belegung durch die Feuerwehren des Kreises Siegen-Wittgenstein zulässt, können in der Atemschutzübungsstrecke auch Übungen von Dritten durchgeführt werden.

Übungstermine in der Atemschutzübungsstrecke werden in einem gemeinsam vom Kreis und der Stadt zu erstellenden Plan festgelegt oder sind webbasiert durch die Nutzer zu erstellen.

5.

Die Arbeiten sind so durchzuführen, dass die Rückgabe der Atemschutzgeräte innerhalb einer dem Umfang der Arbeiten entsprechenden Frist sichergestellt ist.

Angelieferte Atemschutzgeräte werden von Dienstbeginn an entgegengenommen und können bis 18 Uhr abgeholt werden.

Soweit es eigene Aufgaben zulassen, gewährleistet die Stadt, dass bei außergewöhnlichen Einsatzanforderungen (Großfeuer, Katastrophe, usw.) der Betriebsablauf der Atemschutzgerätewerkstatt adäquat angepasst wird.

§ 3 Personalgestellung

1.

Die Aufgaben der Atemschutzwerkstatt, Atemschutzübungsstrecke und Brandübungsanlage werden von fachlich qualifiziertem Personal der Stadt wahrgenommen.

2.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung beträgt die Personalstärke für die Wahrnehmung dieser Aufgaben 2,25 Mitarbeiter.

Zum 01.01. eines jeden Jahres erfolgt durch die Stadt eine Überprüfung und ggfs. Anpassung der Personalstärke.

3.

Das Personal untersteht der Dienstaufsicht des Bürgermeisters.

Der Kreis ist in fachlicher Hinsicht gegenüber allen mit Aufgaben der Atemschutzgerätekwerkstatt und der Atemschutzübungsstrecke mit Brandübungsanlage betrauten Bediensteten der Stadt weisungsbefugt.

Fachliche Weisungen des Kreises werden in der Regel schriftlich in Abstimmung mit dem Abteilungsleiter Feuerschutz und Rettungsdienst (FSRD) erteilt.

Der Landrat erlässt eine Dienstanweisung.

4.

Der Kreis verpflichtet sich gegenüber der Stadt bei einem Erlass von Dienstanweisungen Einvernehmen herzustellen. Dieses Einvernehmen gilt als hergestellt, wenn die Stadt innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Bekanntgabe gegen den Entwurf einer Dienstanweisung keinen schriftlichen Widerspruch einlegt.

§ 4 Kostenerstattung

1.

Die Personalaufwendungen, den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand sowie die Aufwendungen für Investitionen trägt der Kreis im Rahmen des abgestimmten Kostenplanes.

2.

Die Personalaufwendungen für die 2,25 Mitarbeiter werden der Stadt vom Kreis erstattet. Sie sind personenscharf zu ermitteln. Abzurechnen sind die betriebsbedingten und erforderlichen Personalaufwendungen für die im jeweiligen Abrechnungsjahr in der Atemschutzwerkstatt, der Atemschutzübungsstrecke und der Brandübungsanlage eingesetzten Personen, zuzüglich eines Gemeinkostenzuschlages in Höhe von 5 Prozent.

3.

Betriebsbedingte und erforderliche Personalaufwendungen nach Abs. 2 sind:

- die laufenden und einmaligen Bezüge
- der Ausgleich für angeordnete Mehrarbeit
- die Beihilfen
- die Aus- und Fortbildungskosten
- die Dienst- und Schutzbekleidung
- die ergebniswirksamen Veränderungen der Pensions- und Beihilferückstellungen

4.

Bei einer wesentlichen Änderung der tatsächlichen oder rechtlichen Grundlage ist über eine Neuberechnung zu verhandeln.

§ 5 Informationspflicht/Abrechnung

1.

Der Kreis hat ein umfassendes Informationsrecht über alle Angelegenheiten der Atemschutzwerkstatt, Atemschutzübungsstrecke und Brandübungsanlage. Die Stadt ist verpflichtet, alle Leistungsdaten der Atemschutzwerkstatt, Atemschutzübungsstrecke und Brandübungsanlage zur Verfügung zu stellen.

2.

Die Stadt hat den Kreis über alle besonderen Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Atemschutzwerkstatt, Atemschutzübungsstrecke und Brandübungsanlage zu unterrichten.

3.

Die Stadt rechnet bis zum 31.08. eines Jahres die Vorauszahlung für das Jahr gemäß § 4 dieser Vereinbarung mit dem Kreis ab und prognostiziert zugleich einen Haushaltsvoranschlag über die voraussichtlich im Folgejahr entstehenden Kosten.

4.

Bis spätestens zum 01.05. des folgenden Jahres legt die Stadt dem Kreis die endgültige Abrechnung nach der Jahresrechnung zur Erstattung der entstandenen Aufwendungen vor.

§ 6 Laufzeit/Kündigung

1.

Die Vereinbarung wird für die Dauer von 10 Jahren geschlossen.

2.

Wird diese Vereinbarung nicht ein Jahr vor Ablauf der 10 Jahre schriftlich gekündigt, so verlängert sich ihre Geltungsdauer um jeweils weitere zwei Jahre. Die Kündigungsmöglichkeit nach Satz 1 gilt dann sinngemäß.

3.

Beide Beteiligten sind berechtigt, vor Ablauf der vereinbarten Geltungsdauer die Vereinbarung aus wichtigem Grund mit einer Frist von 12 Monaten zu kündigen.

4.

Für den Fall einer Kündigung hat der Kreis der Stadt für nicht abgeschriebene Investitionen des beweglichen Vermögens Ausgleichszahlungen in Höhe des Restbuchwertes zu leisten. Im Übrigen gelten die Regelungen des Mietvertrages.

Das bewegliche Vermögen ist in diesem Fall an den Kreis zu übergeben.

§ 7 Anpassungsregelung, salvatorische Klausel

1.

Haben sich die Verhältnisse, die für die Festsetzung des Inhaltes dieser Vereinbarung maßgeblich sind, seit dem Abschluss der Vereinbarung so wesentlich geändert, dass einem Beteiligten das Festhalten an der ursprünglichen Vereinbarung nicht zuzumuten ist, so kann dieser Beteiligte eine Anpassung des Inhaltes der Vereinbarung an die geänderten Verhältnisse verlangen.

2.

Sollte eine der Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so werden die übrigen Vereinbarungen hierdurch nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist vielmehr durch eine neue, der bisherigen Regelung möglichst nahe kommende Vereinbarung zu ersetzen.

§ 8 Inkrafttreten

1.

Diese Vereinbarung tritt am Tag nach der Unterzeichnung in Kraft.

2.

Die vorstehenden Grundsätze sind somit erstmals auf die Endabrechnung des Kalenderjahres anzuwenden, in dem diese Vereinbarung in Kraft tritt.

3.

Die Vereinbarung zwischen dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Universitätsstadt Siegen über den Betrieb einer Atemschutzwerkstatt, Atemschutzübungsstrecke und Brandübungsanlage vom 14.07./22.07.2010 wird somit gleichermaßen aufgehoben.